

Ungewollt schwanger infolge Hartz IV

Verantwortungsvolle Sexualität zu praktizieren wird Arbeitslosengeld II-BezieherInnen schwer gemacht.

Diese Erfahrung mache ich als Beraterin für Schwangerschaftskonflikte immer wieder. Mit der Gesundheits- und Hartz IV-Reform (2004) wurde die Kostenübernahme für Familienplanung ersatzlos gestrichen. Pille, Kondome, Spirale, Sterilisation usw. sollen seitdem vom Regelsatz angespart werden – zusätzlich zur Praxis - und Rezeptgebühr.

Ich kann mir lebhaft vorstellen, wie z.B. eine betroffene Familie mit 2 schulpflichtigen Kindern zum Monatsanfang 20 € in einem Sparschwein sichert (und das 15 Monate lang für eine Hormonspirale), spätestens am Monatsende jedoch der Griff in die Spardose wieder nötig ist, um beispielsweise Schulhefte, Fahrkarten, Winterkleidung, Stromnachzahlung, Reparaturen und andere Anschaffungen zu bezahlen. Wenn eine solche Familie mit dem knapp bemessenen Hartz IV- Budget schuldenfrei auskommt, ist das schon ein Kunststück.

Planvolles Ansparen ist für Arbeitslosengeld II-BezieherInnen sehr schwierig; speziell für eine Langzeitverhütung Geld zurück zu legen ist schlicht und einfach unrealistisch. Da hilft auch nicht wirklich ein Darlehen vom Sozialamt, das vom Regelsatz monatlich wieder abgezogen wird.

Die Wirklichkeitsferne unserer PolitikerInnen wird mir daran deutlich, dass im Regelsatz von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II die Kosten für Verhütungsmittel nicht berücksichtigt wurden. Der Betrag von 13,17 € ist zwar monatlich für die Gesundheitsvorsorge (Arztbesuche, Medikamente....) vorgesehen, doch dafür ist weder eine Pillenpackung noch ein Verhütungsring zu bekommen. Eine Sterilisation ist für Einkommensschwache praktisch unbezahlbar.

Was ist eigentlich los mit unserer Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik? Ist es nicht eine öffentliche Aufgabe, den Zugang zu verlässlichen und verträglichen Verhütungsmitteln sicher zu stellen?

Schon 1994 hat Deutschland auf der „Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo“ das Menschenrecht auf Familienplanung anerkannt. Tatsächlich hat sich jedoch die Situation von gebärfähigen Frauen bzw. sexuell aktiven Menschen, die verantwortlich mit ihrer Lust umgehen wollen, seit dem Umbau der sozialen Sicherungssysteme vor 4 Jahren verschlechtert.

Seit 3 Jahren arbeite ich mit BerufskollegInnen und sozialpolitisch engagierten FreundInnen an einer Verbesserung dieser Situation auf kommunaler -, Landes- und Bundesebene. Die Befassung mit dem Thema seitens der zuständigen Behörden ist jedoch unergiebig und zäh wie Kaugummi.

Was sollen dann eigentlich die Klagen über Werteverfall und verantwortungslose Eltern?

Eine Politik, die bei einkommensschwachen Frauen die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch übernimmt, aber gleichzeitig die Kosten für eine vorsorgende Verhütung verweigert, ist für mich ungläubwürdig.

Diese Art von Doppelmoral konnte ich noch nie ausstehen!

Ich wünsche mir mehr Mut, Widerspruchsgeist und Solidarität für die Betroffenen und eine stärkere Lobby für eine gerechte Gesellschaft.

Beatrix Liesenfeld, 18.01.2008 – Kommentar für Online - Tagebuch Aktion Mensch